



Presseschau vom 18.11.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: **Angst vor Blackouts: Europäische Gaspreise steigen nach Stopp von Nord Stream 2 wieder an**

Während Nord Stream 2 laut Experten vor den derzeit hohen Weltmarktpreisen schützen könnte, hat die Verzögerung der Zertifizierung die Gaspreise erneut verteuert. Die Inbetriebnahme der Ostsee-Gaspipeline könnte sich bis ins kommende Jahr hinziehen. ... <https://kurz.rt.com/2q7g>

Paul A. Nuttall: **COP26 in Glasgow – eine totale Verschwendung von Zeit und Geld für mehr CO₂**

Die Konferenz in Glasgow war ein grandioser Fehlschlag. Nach dem Fachsimpeln gab es eine Einigung, die das Papier nicht wert ist, auf dem sie geschrieben steht. Nur die Eliten dieser Welt wurden als Heuchler entlarvt – jederzeit bereit, uns Normalsterbliche zu belehren. ... <https://kurz.rt.com/2q7n>

de.rt.com: **Sacharowa zu Chefredakteur von La Repubblica: "Beheizen Sie aus Protest Ihr Haus mit Ihrer Zeitung"**

Maria Sacharowa hat einen Leitartikel in La Repubblica scharf kritisiert. Die russische Außenamtssprecherin forderte den Chefredakteur der italienischen Zeitung auf, sein Publikum zu respektieren. Den Beitrag von Maurizio Molinari bezeichnete die Diplomatin als Blödsinn.

...

<https://kurz.rt.com/2q7y>

Wolfgang Bittner: Auf dem Weg in den Untergang: Die Kriegsgefahr wächst von Tag zu Tag

An den Grenzen Weißrusslands, wie schon länger in der Ostukraine, brennt die Lunte für einen großen Krieg, der das Ende Europas bedeuten würde. Polen und die baltischen Staaten, die als willfährige Vasallen der USA ständig gegen ihre östlichen Nachbarn hetzen, hätten niemals in die NATO aufgenommen werden dürfen. ...

<https://snanews.de/20211118/kriegsgefahr-waechst-4368307.html>

Dagmar Henn: Pankower Denkmalbedenken – Thälmann-Denkmal wird "kommentiert"

Seit Jahren streiten sie in Pankow um das Thälmann-Denkmal. Diese Woche soll eine "künstlerische Kommentierung" enthüllt werden, mit der es versehen wurde. Der Vorgang ist ein Paradefall im Trauerspiel um die Erinnerungskultur in Deutschland. ...

<https://kurz.rt.com/2q7u>

abends/nachts:

de.rt.com: Jerewan: Russland ist vertraglich verpflichtet, Armenien im Kriegsfall gegen Baku zu verteidigen

Ein hochrangiger armenischer Beamter hat erklärt, dass Moskau kraft bilateraler Abkommen verpflichtet sei, Armenien im Falle einer militärischen Eskalation mit Aserbaidschan zu unterstützen – man werde sich aber zunächst um eine diplomatische Lösung bemühen. Nach einer Reihe von Feuergefechten und Todesfällen an der Grenze zu Aserbaidschan erwartet Armenien, dass Russland eingreift, um eine Rückkehr zu einem umfassenden Konflikt zu verhindern, der den von Moskau unterstützten Waffenstillstand gefährdet. Der Sekretär des armenischen Nationalen Sicherheitsrates, Armen Grigorjan, sagte am Mittwoch, dass aserbaidische Streitkräfte in armenisches Hoheitsgebiet eingedrungen seien, was einen "Akt der Aggression" darstelle. Er betonte:

"1997 haben Armenien und Russland vereinbart, sich in solchen Fällen gegenseitig zu helfen. In dieser Hinsicht haben wir uns an Moskau gewandt."

Auf die Frage, um welche Art von Hilfe Jerewan bittet, sagte der armenische Beamte, man hoffe, auf diplomatischem Wege eine Lösung zu finden. Sollte dies jedoch nicht möglich sein, "dann ist es notwendig, das Problem mit militärischen Mitteln zu lösen."

Aserbaidschan gab am Mittwoch bekannt, dass sieben seiner Soldaten bei Kampfhandlungen ums Leben gekommen und zehn verletzt worden seien. Jerewan meldete derweil ein Todesopfer, gab aber an, die Kommunikation mit 24 seiner Soldaten verloren zu haben, die immer noch vermisst würden.

Nachdem es Berichten zufolge am 16. November zu Scharmützeln gekommen war, hat sich die Lage an der aserbaidisch-armenischen Grenze nach Angaben beider Seiten inzwischen stabilisiert. Der russische Verteidigungsminister Sergej Schoigu forderte die beiden ehemaligen Sowjetrepubliken auf, alle Aktionen zu unterlassen, die die Spannungen verschärfen könnten. Anschließend gab Moskau bekannt, dass die Kämpfe inzwischen ruhen würden.

Armenien beschuldigt Aserbaidschan, in sein Territorium eingedrungen zu sein, zahlreiche Soldaten gefangen genommen und Einrichtungen an der Grenze erobert zu haben.

Aserbaidschan behauptet dagegen, es habe in Selbstverteidigung gehandelt und nach armenischen Panzerabwehrwaffen gesucht, die angeblich seine Stellungen jenseits der Grenze beschossen hätten.

Die Zusammenstöße lösten Befürchtungen aus, dass der Konflikt wieder aufflammen könnte,

wie im vergangenen Jahr, als sich beide Länder Kämpfe um die umstrittene Provinz Bergkarabach geliefert hatten. Die Region gehört de jure zu Aserbaidschan, wurde aber in den letzten Jahren von einer international nicht anerkannten armenischen Republik verwaltet. Eine von Moskau vermittelte Vereinbarung beendete den Konflikt in der Region und sah die Entsendung von Friedenstruppen vor. Das Abkommen sah zudem vor, dass Jerewan einen großen Teil des Territoriums an Baku abtritt, einschließlich der meisten Gebiete, die seit einem blutigen Konflikt in den frühen 1990er Jahren von den Armeniern gehalten werden.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.11/article/6195544f48fbef40927e3253.jpg>

mil-lnr.su: Erklärung des Leiters der Volksmiliz der LVR Oberst Ja. W. Leschtschenko zum Beschuss von Perwomajsk und zur Zerstörung von Objekten der sozialen Infrastruktur

Das Kommando der ukrainischen Kämpfer verletzt weiter grob die Minsker Vereinbarungen, indem es zielgerichtet Wohngebiete von Ortschaften der Republik und Objekte der zivilen Infrastruktur beschießt.

So haben Kämpfer der 24. Brigade auf Befehl des Brigadekommandeurs Postupalskij heute seit dem Morgen die Feueraktivität auf das Territorium der Republik aus Richtung Kamyschewacha verstärkt und das Gebiet von Kalinowo-Bortschtschewatoje mit 122mm-Artillerie beschossen, gegen Abend mit Artillerie des Kalibers 152mm Perwomajsk beschossen. Unter dem Feuer der ukrainischen Artillerie befand sich auch das Gelände des industriepädagogischen Technikums. Durch Detonationen von Artilleriegeschossen wurden das Unterrichtsgebäude, die Mensa und die Sporthalle beschädigt.

Zusätzliche Informationen über Zerstörungen ziviler Infrastruktur und Verletzte unter der friedlichen Bevölkerung der Republik werden noch ermittelt.

Wir fordern von den internationalen Beobachter und Rechtsschutzorganisationen nachdrücklich, eine Bewertung der verbrecherischen Handlungen der Kiewer Kämpfer abzugeben, die eine Verschärfung der Lage im Donbass provozieren.

snews.de: Nato setzt gezielte Einflussnahme in Europa fort – Russlands Außenamt

Laut dem russischen Außenministerium wirkt die Nato weiterhin mit gezielten Botschaften auf die Menschen in Europa ein, indem sie Russland der Eskalation beschuldigt, ohne die Beschuldigungen mit Beweisen zu unterlegen.

Es sei bedauerlich, aber die nordatlantische Allianz „setzt die informelle Einwirkung auf die Bevölkerung der Länder Europas fort“, erklärte die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, vor Journalisten am heutigen Mittwoch. Sie beklagte, dass die Nato die Menschen in Europa weiter davon zu überzeugen versuche, „dass unser Land mit seinem ‚aggressiven Verhalten‘ der Ursprung der Instabilität auf dem Kontinent

sei“.

Dabei verwies Sacharowa auf die Rede des Nato-Generalsekretärs beim Nordischen Rat in Kopenhagen am 3. November dieses Jahres. Nach Aussage der Ministeriumssprecherin hat Stoltenberg seinen dortigen Auftritt dafür benutzt, abermals Beschuldigungen gegen Russland zu verbreiten. „Wieder hat er, wie es inzwischen leider zu seiner üblen Tradition gehört, Russland vorgeworfen, sich in die Angelegenheiten anderer Länder einzumischen. Fakten hat er dabei nicht genannt“.

Jens Stoltenberg sagte beim Nordischen Rat in Kopenhagen unter anderem, Moskau setze „sein Muster von aggressivem Verhalten an unterschiedlichen Fronten“ fort. „Es hat ... seinen Willen demonstriert, Streitkräfte gegen Nachbarn einzusetzen und sich in die Angelegenheiten anderer Länder einzumischen.“

Sacharowa sieht die Verantwortung für die zunehmenden Spannungen in Europa gerade bei der Nato: „Verbündete in der nordatlantischen Allianz haben alles unternommen, um Trennlinien auf dem Kontinent neu zu ziehen. Die Nato-Kollegen sind bereit, sich mit was auch immer zu befassen, nur nicht mit einer sachlichen Betrachtung möglicher Wege zur Verringerung politischer Spannungen.“



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0a/15/4047266_0:175:3018:1873_1920x0_80_0_0_127efa6bd24018f41ce9fbaf4691bc92.jpg

de.rt.com: **Zweites Telefonat in einer Woche: Merkel und Lukaschenko vereinbaren Dialog in der Flüchtlingsfrage**

Die Lösung der aktuellen Flüchtlingskrise soll durch direkte Kontakte zwischen Minsk und Brüssel koordiniert werden. Darum ging es am Mittwoch bei einem Telefonat zwischen Angela Merkel und Alexander Lukaschenko – bereits dem zweiten seit Wochenbeginn. Zweites Telefonat in einer Woche: Merkel und Lukaschenko vereinbaren Dialog in der Flüchtlingsfrage

Wegen der schwellenden Krise um die Migranten an der polnisch-weißrussischen Grenze telefonierte die geschäftsführende Bundeskanzlerin erneut mit dem weißrussischen Staatschef. Das bestätigten Weißrusslands Präsidialamt und Regierungssprecher Steffen Seibert am Mittwochabend übereinstimmend.

Merkel habe dabei die Notwendigkeit betont, dass die humanitäre Versorgung und Rückkehrmöglichkeiten der Betroffenen im Zusammenspiel mit dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen und der Internationalen Organisation für Migration (IOM) erfolgen solle, so Seibert. Zudem solle mit der EU-Kommission zusammengearbeitet werden. Die weißrussische Seite teilte indessen mit, es sei vereinbart worden, dass zur Lösung des Problems Gespräche zwischen Vertretern der EU und Minsk stattfinden sollen.

Merkel sagte nach Informationen der Deutschen Presse-Agentur aus Teilnehmerkreisen am Mittwoch in der Sitzung der Unionsfraktion in Berlin, es sei in den Gesprächen zu

Weißrussland um die humanitäre Hilfe in der Region gegangen. Es handele sich nicht um ein bilaterales Problem zwischen Deutschland und Weißrussland, habe Merkel klargemacht. Vielmehr gehe es um Weißrussland und die Europäische Union. Merkel sprach demnach von einer prekären Lage vor Ort.

Erst am Montag hatten beide ein Telefonat geführt, das nach Angaben aus Weißrussland etwa 50 Minuten gedauert hat. Weitere Kontakte seien vereinbart worden, teilte das weißrussische Präsidialamt mit.

Nach Merkels erstem Gespräch mit Lukaschenko seit dessen umstrittener Wiederwahl zum Präsidenten im August vergangenen Jahres hatte es teils heftige Kritik gegeben. Die EU erkennt Lukaschenko nicht mehr als Präsidenten an. Hintergrund sind massive Betrugsvorwürfe bei der Wahl sowie das Vorgehen der Sicherheitskräfte gegen friedliche Demonstranten und die Zivilgesellschaft.

Die EU stellte derweil 700.000 Euro für die humanitäre Hilfe der Menschen in der Grenzregion zur Verfügung. 200.000 Euro gingen an das Internationale Rote Kreuz und sollen etwa für Lebensmittel, Decken und Hygiene-Kits investiert werden, teilte die EU-Kommission mit. Über die Verwendung der weiteren 500.000 Euro sei man in Kontakt mit humanitären Partnerorganisationen.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.11/article/619561a9b480cc3eae0cd553.JPG>

de.rt.com: **Russisches Außenministerium veröffentlicht Briefwechsel mit Deutschland und Frankreich zur Ukraine**

Das russische Außenministerium hat einen Briefwechsel zwischen den Außenministern Russlands, Deutschlands und Frankreichs veröffentlicht. Es geht um die Vorbereitungen für ein Treffen im Normandie-Format. Moskau begründet den Schritt mit Verzerrungen seiner Position.

Der diplomatische Briefwechsel zwischen dem russischen Außenminister Sergei Lawrow und seinen französischen und deutschen Amtskollegen Jean-Yves Le Drian und Heiko Maas in Bezug auf ein neues Treffen im Normandie-Format ist durch das russische Außenministerium veröffentlicht worden. Das Auswärtige Amt Russlands erklärte, dieser Schritt sei notwendig gewesen, damit über die russische Position hinsichtlich der Krise in der Ukraine nicht spekuliert werde:

"Die Position Russlands, seine Rolle bei der innerukrainischen Beilegung und das Herangehen an ein mögliches Ministertreffen im Normandie-Format werden in letzter Zeit verzerrt."

Über die Veröffentlichung sei den deutschen und französischen Außenministern im Voraus am 16. November Bescheid gegeben worden, so das russische Auswärtige Ministerium. Lawrow schrieb im entsprechenden Brief:

"Ich bin sicher, dass Sie die Notwendigkeit eines solchen unkonventionellen Schrittes

verstehen werden, denn es geht darum, der Weltgemeinschaft die Wahrheit darüber zu vermitteln, wer die auf höchster Ebene eingegangenen völkerrechtlichen Verpflichtungen erfüllt und wie diese erfüllt werden."

In einem Schreiben vom 29. Oktober wies Sergei Lawrow den französischen und den deutschen Außenminister darauf hin, wie wichtig es sei, die Vermittlungsbemühungen des Normandie-Quartetts fortzusetzen. Er betonte jedoch, dass ein mögliches Ministertreffen gut vorbereitet sein sollte, einschließlich der Ausarbeitung einer detaillierten gemeinsamen Erklärung "mit genauen Empfehlungen" an die Ukraine und die Donbass-Republiken. Der Minister übermittelte seinen Gesprächspartnern einen Entwurf des jeweiligen Dokuments, nach dessen Erörterung vorgeschlagen wurde, Ort und Zeitpunkt der Verhandlungen festzulegen.

In dem folgenden Brief vom 6. November betonte der russische Außenminister, dass die Reaktion der französischen und deutschen Seiten am 4. November auf den russischen Entwurf enttäuschend gewesen sei. Lawrow beklagte die Äußerungen von Jean-Yves Le Drian und Heiko Maas, dass der russische Entwurf Punkte enthalte, die im Normandie-Format "mit Sicherheit nicht akzeptiert werden", insbesondere "die Organisation eines direkten Dialogs zwischen Kiew, Donezk und Lugansk". Gleichzeitig kritisierte Lawrow einen alternativen Erklärungsentwurf, der von Frankreich und Deutschland als Gegeninitiative vorgeschlagen worden war. Lawrow betonte auch, dass die OSZE-Sonderbeobachtungsmission in der Ukraine ihre Pflichten nicht erfülle.

Am 8. November lehnte Lawrow einen Vorschlag von Berlin und Paris ab, am 11. November ein Treffen der Außenminister der Mitgliedstaaten des Normandie-Formats abzuhalten. Der Minister hielt das für unmöglich, erstens aufgrund seines Terminkalenders und zweitens aufgrund der Tatsache, dass die Vorschläge Moskaus für ein Abschlussdokument des Treffens noch nicht beantwortet worden seien.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.11/article/619567c9b480cc3eb14da888.jpg>

vormittags:

wpered.su: Kommunisten brachten humanitäre Hilfe in den Telmanowo-Bezirk

Am 17. November brachten Kommunisten der Donezker Volksrepublik humanitäre Hilfe in den Telmanowo-Bezirk. Einwohner, deren Wohnung infolge von Beschuss beschädigt worden war, erhielten Lebensmittel, teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit.

Wir erinnern daran, dass die BFU am 26. Oktober unter Einsatz von durch die Minsker Vereinbarungen verbotener Militärtechnik zum Angriff übergingen. Dabei wurden Telmanowo und Staromarjewka beschossen.

So erzählte der Einwohner von Telmanowo Wiktor Iwanenko, dass sein Haus in den Jahren

des militärischen Konflikts zweimal beschädigt wurde. 2015 wurde durch die Detonation eines ukrainischen Geschosses der Zaun zerstört. Sechs Jahre später, am 26. Oktober 2021, wurde die Fensterverglasung durch Geschosssplitter beschädigt.

Die humanitäre Hilfe für die Einwohner des Telmanowo-Bezirks wurde von der KP der DVR und der DKP gesammelt.



<http://wpered.su/wp-content/uploads/2021/11/Telmanovo.jpg>

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 17. November 2021 wurden sechs Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

Tscherwonyj Liman, Kalinowo-Borschtschewatoje, Perwomajsk, Frunse und Sokolniki wurden mit 152mm- und 122mm-Artillerie sowie 120mm-Mörsern beschossen (insgesamt **71 Artillerie- und Mörsergeschosse**).

Um 14:30 Uhr wurden infolge einer Verletzung des Regimes der Feueinstellung unter Einsatz von 152mm-Artillerie (18 Geschosse) von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine aus Richtung Kamyschewacha Objekte der zivilen Infrastruktur in Perwomajsk beschädigt. Verletzte unter der Zivilbevölkerung gibt es nicht. Genauere Informationen über die Schäden werden noch ermittelt.

de.rt.com: **Damaskus: Russland und Syrien verstärken Bemühungen zur Rückführung von syrischen Flüchtlingen**

Syrien und Russland haben in Damaskus erneut ihre Bemühungen zur Rückführung von syrischen Flüchtlingen verstärkt. In einer gemeinsamen Erklärung zählten die Koordinierungsausschüsse der beiden Staaten aber auch die wichtigsten Herausforderungen auf, welche die Rückkehr des syrischen Volkes in ein normales Leben bisher verhindern. Russland und Syrien hielten in Damaskus ein gemeinsames Treffen ihrer ministeriellen Koordinierungsausschüsse zur Rückführung von syrischen Flüchtlingen ab. An der Veranstaltung am Dienstag beteiligten sich auch Vertreter der Vereinten Nationen, des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz und anderer humanitärer Organisationen. Während der Konferenz am Dienstag diskutierten die Teilnehmer über die Umsetzung von Initiativen für eine sichere, würdevolle und freiwillige Rückführung syrischer Flüchtlinge in ihre Heimat sowie über weitere Schritte zur Wiederherstellung des Friedens in dem vom Krieg zerrütteten arabischen Land, berichtet Press TV.

Der syrische Minister für örtliche Verwaltung und Umwelt Hussein Makhlouf berichtete am Dienstag auf der Konferenz über die laufenden Bemühungen der syrischen Regierung zur Rückführung von Flüchtlingen nach Syrien. Er teilte mit, dass dank der Bemühungen der syrischen Regierung auf der Grundlage einer Anordnung des syrischen Präsidenten Baschar

al-Assad sowie seines russischen Amtskollegen Wladimir Putin bereits Hunderttausende Syrer in ihre Heimat zurückgekehrt sind. Diesbezüglich habe die syrische Regierung versucht, die Infrastrukturen in den Gebieten wiederherzustellen, die erst kürzlich aus der Beherrschung durch vom Ausland geförderte Terrorgruppen befreit wurden.

Russlands Sonderbeauftragter für Syrien, Alexander Lawrentjew, sagte seinerseits, dass die gemeinsamen syrisch-russischen Bemühungen weiteren Hunderttausenden von Syrern geholfen hätten, in ihre Heimat zurückzukehren: Die gemeinsamen Bemühungen der beiden Ausschüsse hätten bisher mehr als 2,35 Millionen Bürgern geholfen, in ihre Heimat zurückzukehren, darunter 1,37 Millionen Binnenflüchtlingen und mehr als 947.000 Flüchtlingen aus dem Ausland.

In einer gemeinsamen Erklärung zählten die Koordinierungsausschüsse beider Länder die wichtigsten Herausforderungen auf, welche derzeit noch immer die Rückkehr des ganzen syrischen Volkes zu einem normalen Leben behindern. Das wichtigste Hindernis für den Wiederaufbau Syriens nach dem Krieg sei die fortdauernde Besetzung syrischer Gebiete durch ausländische Streitkräfte.

"Wir betrachten die illegale Militärpräsenz in Syrien als den größten störenden Faktor beim Wiederaufbau des Landes. Sie führt zur Plünderung der Bodenschätze der Arabischen Republik Syrien und zur Verschärfung von Konfliktherden in der Region."

Die syrische Regierung in Damaskus hat ausländische Besatzer wie die USA und die Türkei mehrfach aufgefordert, separatistische Bewegungen und dschihadistische Milizen in Nordsyrien nicht länger zu fördern und die syrische Souveränität nicht weiter zu verletzen. Neben anderen Herausforderungen, mit denen Syrien konfrontiert ist, wurden einseitige Sanktionen gegen Syrien sowie die Passivität einer Reihe westlicher Länder und internationaler Organisationen bei der Umsetzung der Resolution 2585 des UN-Sicherheitsrats hervorgehoben.

Präsident Baschar al-Assad empfing auch am Mittwoch die russische Delegation unter der Leitung von Lawrentjew, der Syrien besuchte, um an diesem gemeinsamen regelmäßigen Treffen der syrischen und russischen Koordinierungsgremien zur Rückführung von Flüchtlingen in Damaskus teilzunehmen.

Seit dem Ausbruch einer von außen aufgeputschten und mit brutaler Gewalt aufgeladenen Rebellion gegen die staatliche Existenz Syriens vor etwa 10 Jahren mussten rund 5,6 Millionen Syrer ins Ausland fliehen, hauptsächlich in die Nachbarländer Türkei, Libanon, Jordanien, Ägypten und Irak sowie auch nach Europa.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.11/article/6195148ab480cc12457b2060.JPG>

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 17. November 3:00 Uhr bis 18. November 3:00 Uhr

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination drei Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU mitgeteilt.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Ortschaften:

Werchnetorezkoje (jushonje), Losowoje, Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks.

Wie bereits mitgeteilt wurde, wurden während des Beschusses folgende Häuser beschädigt:

- Uliza Feta 16/1 – Fensterverglasung, Türen, Fassade, Zaun;

- Uliza Feta 19/4 – Fensterverglasung;

- Uliza Feta 19/5 – Zaun und Dach eines Wirtschaftsgebäudes.

Die Versuche der DVR, im GZKK den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe zu den Verletzungen des Regimes der Feueinstellung einzusetzen, wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Auf unsere Anfragen kam unverändert die Antwort: Wir bestätigen den Beschuss nicht, wir halten das Regime der Feueinstellung ein.

Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU eingesetzten Geschosse beträgt 42.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden drei Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

de.rt.com: **Vorfall in umstrittenen Gewässern: Philippinen erinnern China an Verteidigungspakt mit USA**

Die Regierung der Philippinen beschuldigt die chinesische Küstenwache, in einem umstrittenen Abschnitt des Südchinesischen Meeres, Wasserwerfer auf zwei seiner Versorgungsschiffe gerichtet zu haben. Die Wasserfahrzeuge seien blockiert und zur Umkehr gezwungen worden.

In einer Erklärung am Mittwoch äußerte das philippinische Außenministerium Kritik an der chinesischen Küstenwache. Man behauptete, dass zwei Versorgungsschiffe, die auf dem Weg zur Ayungin-Scholle waren, auch bekannt als Zweite Thomas-Scholle, von drei chinesischen Schiffen gestoppt und "mit Wasserwerfern beschossen" worden seien. Außenminister Teodoro Locsin erklärte:

"Glücklicherweise wurde niemand verletzt, aber unsere Boote mussten ihre Versorgungsmission abbrechen."

Er fügte hinzu, dass das Ministerium dem Gesandten Pekings auf den Philippinen Huang Xilian seine "Empörung, Verurteilung und Protest gegen den Vorfall" übermittelt habe. Der philippinische Chefdiplomat stellte fest:

"Die Handlungen der Schiffe der chinesischen Küstenwache sind illegal. China hat kein Recht zur Rechtsdurchsetzung in und um diese Gebiete. Sie müssen sich in Acht nehmen und sich zurückziehen."

Obwohl sowohl China als auch die Philippinen Gebietsansprüche auf die Ayungin-Scholle erheben, entschied der Ständige Schiedshof in Den Haag im Jahr 2016 zu Gunsten Manilas. Trotz aller Einwände aus China halten die Philippinen das Gebiet bereits seit längerer Zeit besetzt, nachdem ihr Militär im Jahr 1999 dort absichtlich ein Marineschiff auf Grund gesetzt hatte.

Die Philippinen wiesen auch darauf hin, dass die Versorgungsschiffe "unter den Vertrag zwischen den Philippinen und den Vereinigten Staaten über gegenseitige Verteidigung" fallen, ein im Jahr 1951 mit Washington geschlossener Pakt, der eine militärische Antwort der USA auf jeden Angriff auf das Land vorsieht, einschließlich "Inselterritorien unter seiner Gerichtsbarkeit im Pazifischen Ozean, seiner Streitkräfte, öffentlichen Schiffe oder

Flugzeuge".

Peking hat sich bisher nicht zu dem angeblichen Zusammenstoß geäußert.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.11/article/6195f24b48fbef406b17747f.JPG>

Lug-info.com: In der LVR sind am 18. November um 9:00 Uhr 20.180 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt. Davon wurden bis 16.084 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen. Seit Beginn der Pandemie gibt es 2790 Todesfälle.

snanews.de: „Wir sind für alles gerüstet“: Ukraine entsendet 8500 Polizisten an Grenze zu Belarus

Die Regierung in Kiew hat ihre Sorge über eine mögliche Umleitung der Flüchtlinge von der belarussisch-polnischen Grenze Richtung Ukraine zum Ausdruck gebracht und in diesem Zusammenhang einen „Notstand“ nicht ausgeschlossen. Darüber sprach der ukrainische Botschafter in Deutschland, Andrij Melnyk, mit den Zeitungen der Funke Mediengruppe. Laut dem Diplomaten besteht die Gefahr, dass eingeschleuste Migranten von der belarussisch-polnischen Grenze an die Grenze zur Ukraine umgeleitet werden. Die Ukraine habe nun mehr als 8500 Polizisten, Nationalgardisten und Grenzschutzbeamte in die Grenzregion entsandt. „Das ist nur der Anfang. Möglicherweise wird auch der Notstand ausgerufen. Wir sind für alles gerüstet“, sagte Melnyk.

Die Grenze zwischen der Ukraine und Belarus sei mehr als 1000 Kilometer lang und bestehe aus schwer zu kontrollierenden Sümpfen und Wäldern.

„Wir haben die Sorge, dass dieses Gebiet für mögliche Provokationen genutzt werden kann“, fuhr Melnyk fort.

Ihm zufolge ist die aktuelle Migrantenkrise von dem belarussischen Machthaber, Alexander Lukaschenko, und Kremlchef Wladimir Putin „inszeniert, um die Militäraktivitäten Russlands vor der Ostgrenze der Ukraine und im Donbass zu verschleiern“.

Melnyk sieht Risiko russischer Invasion

Die Europäische Union und die USA haben sich zuvor beunruhigt über russische Truppenbewegungen im Grenzgebiet zur Ukraine gezeigt. Die Vereinigten Staaten hatten am vorigen Donnerstag von Moskau Aufklärung über „ungewöhnliche“ Aktivitäten der Armee im Grenzgebiet zur Ukraine gefordert.

Somit wird die Sorge darüber, dass Russland in der Ukraine militärisch eingreifen könnte, immer größer. Dazu hat Melnyk gestern gegenüber deutschen Medien ebenso Stellung genommen und erklärte, dass „noch nie seit 2014, als die Russen die Krim und Teile der Ostukraine mit Waffengewalt besetzt haben“, die Gefahr eines neuen, groß angelegten Einmarsches „akuter als dieser Tage“ gewesen sei.

Dabei hat der Politiker auf „eine massive Verstärkung der russischen Truppenkonzentration“ verwiesen, die angeblich ins Visier der ukrainischen und westlichen Nachrichtendienste geraten sein sollen. Konkret ginge es um 114.000 russische Soldaten, die „vor der Ostgrenze der Ukraine und im besetzten Donbass“ stünden.

Infolgedessen hat der Botschafter die deutsche Regierung gebeten, „harte Signale“ an Putin zu senden und „viel schärfere“ Sanktionen einzuführen – wie etwa „ein Embargo von russischen Öl- und Gasimporten“ sowie den Stopp von der Ostseepipeline Nord Stream 2 „als Hauptwaffe des Kreml“.

Auch US-Außenminister Antony Blinken hat Russland vor einem „schwerwiegenden Fehler“ gewarnt und der Ukraine volle Unterstützung für die „Souveränität, Unabhängigkeit und die territoriale Integrität“ im Namen der USA zugesprochen.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0b/08/4243685_0:0:3467:1950_1920x0_80_0_0_79cf040e850f90b7cb2bdc54c35b57b6.jpg

Mzdnr.ru: Am 17. November wurden in der DVR 3763 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 1191 positiv, bei 16 Patienten wurde die Diagnose Covid-19 klinisch gestellt.

In den letzten 24 Stunden wurden 104 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 11 weniger als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 80 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 2361 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 1477 mit Sauerstoffunterstützung (+46 in den letzten 24 Stunden).

Am 18. November um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 100.206 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

17.930 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 74.612 als gesund entlassen, es gibt 7664 Todesfälle.

nachmittags:

de.rt.com: **UNO: Islamischer Staat breitet sich in Afghanistan aus**

Die Terrorgruppe Islamischer Staat breitet sich in Afghanistan aus. Sie hat sich in fast allen Provinzen des Landes etabliert und ihre Angriffe im vergangenen Jahr mehr als verfünffacht, warnt die UN-Beauftragte für Afghanistan.

Deborah Lyons, die UN-Sonderbeauftragte für Afghanistan, sprach am Mittwoch vor dem UN-Sicherheitsrat. Sie berichtete von einem starken Vormarsch des Islamischen Staates (IS) in dem vom Krieg zerrissenen Land und sagte, die dschihadistische Gruppe habe sich nun landesweit ausgebreitet. Lyons erklärte:

"Einst auf einige wenige Provinzen und die Hauptstadt beschränkt, scheint der IS-K nun in fast allen Provinzen präsent und zunehmend aktiv zu sein."

Sie bezog sich dabei auf die in Afghanistan ansässige "Khorasan"-Fraktion der Gruppe, benannt nach einer Region des Landes. Lyons fügte hinzu, dass der IS im Jahr 2021 bisher 334 Anschläge verübt hat, im vergangenen Jahr waren es nur 60.

Die Äußerungen der Gesandten erfolgten nur wenige Stunden nach einem erneuten Bombenanschlag des IS in einem schiitischen Viertel der afghanischen Hauptstadt Kabul. Laut Reuters sind bei dem Attentat ein Mensch getötet und sechs weitere verwundet worden. Seit die Taliban nach dem chaotischen Abzug der USA und dem völligen Zusammenbruch der von Washington unterstützten Regierung in Kabul im Sommer dieses Jahres die Herrschaft im Land übernommen haben, haben sie sich bemüht, die IS-Terrorgruppe in Schach zu halten, so Lyons. Obwohl die Taliban darauf beharrten, eine "konzertierte Kampagne" gegen den IS zu führen und sich "ernsthaft bemühten, sich als Regierung zu präsentieren", scheine sich ihre Reaktion "stark auf außergerichtliche Verhaftungen und Tötungen zu stützen", stellte die UNO-Beamtin fest.

Trotz der Zunahme der IS-Anschläge seit dem Ende der zwei Jahrzehnte andauernden Präsenz der USA im Land habe sich die Sicherheitslage in Afghanistan in den vergangenen Monaten insgesamt jedoch verbessert, so Lyons weiter.

Neben der Terrorismusproblematik nannte die UN-Vertreterin für die kommenden Monate auch allgemeinere Befürchtungen für das Land. Sie warnte vor einer drohenden "humanitären Katastrophe", die auf eine ganze Reihe von Ursachen zurückzuführen sei, darunter ausländische Sanktionen, die das örtliche Bankensystem lahmgelegt hätten sowie eine zunehmende Lebensmittelknappheit aufgrund einer scheiternden Wirtschaft.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.11/article/61960f9748fbef406b17749d.JPG>

de.rt.com: **Selenskij verhängt Sanktionen gegen 23 Russen**

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij hat Sanktionen gegen 23 russische Staatsangehörige verhängt. Zu den Maßnahmen gehören die Sperrung von Vermögenswerten und die Einschränkung von Handelsgeschäften. Auch fünf Ukrainer sind von den Sanktionen betroffen.

Wladimir Selenskij, der Präsident der Ukraine, hat Sanktionen gegen 23 russische Staatsangehörige verhängt. Das entsprechende Dekret wurde auf der Webseite des ukrainischen Staatsoberhauptes veröffentlicht.

Selenskij beauftragte den Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine mit der Kontrolle über die Umsetzung des Beschlusses. Das Dekret trat am Tag seiner Veröffentlichung in Kraft.

Insgesamt 28 Personen, russische und ukrainische Staatsangehörige sowie Mitarbeiter der russischen Sonderdienste sind in dem Dokument gelistet. Zu den Sanktionen gehören die Sperrung von Vermögenswerten, die Einschränkung von Handelsgeschäften, die Unterbindung des Transits von Ressourcen, die Verhinderung von Kapitaltransfers aus der

Ukraine in andere Länder, die Unterbindung der Erfüllung wirtschaftlicher Verpflichtungen und das Verbot der Beteiligung an der Privatisierung und Verpachtung von Staatseigentum. Das Sanktionspaket gegen Mitarbeiter der russischen Sonderdienste war am 20. August vom Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrat der Ukraine angenommen worden. Die Behörde erklärte, die in dem Dokument genannten Personen seien an der Verbreitung russischer Propaganda beteiligt gewesen und hätten die Besatzungsbehörden in den vorübergehend besetzten Gebieten der Krim und des Donbass unterstützt.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.11/article/6196511548fbef406204bab8.jpg>

snanews.de: „Wäre ein tragischer Fehler“: Johnson warnt Russland vor „militärischem Abenteuer“ nahe Ukraine

Der britische Premierminister Boris Johnson hat Russland eindringlich vor einem „militärischen Abenteuer“ nahe der ukrainisch-polnischen Grenze gewarnt. Ihm zufolge wäre dies ein „tragischer Fehler“. Darüber berichten mehrere englischsprachige Medien übereinstimmend.

Angesichts wachsender Sorgen im Westen und in den USA über russische Militärbewegungen an der ukrainischen Grenze schlug Johnson in einer Sitzung mit einem parlamentarischen Kontrollausschuss ernste Töne an.

Laut dem britischen Premier muss dafür gesorgt werden, dass „jeder versteht, dass die Kosten der Fehlkalkulationen an den Grenzen sowohl zu Polen als auch zur Ukraine enorm sein werden“, sagte Johnson vor einem Gremium und fügte hinzu:

„Ich denke, es wäre ein tragischer Fehler, wenn der Kreml glaubt, dass durch ein militärisches Abenteuer Gewinne erzielt werden können.“

Spannungen zwischen Westen und Russland

Zuvor hatten sich die Verteidigungsminister Großbritanniens und der Ukraine in einer gemeinsamen Erklärung darauf verständigt, dass sie Russland zwar nicht feindselig gegenüberstehen wollten, aber über „dessen militärische Aktivitäten an der Grenze zur Ukraine“ besorgt seien.

Die Zeitung „Mirror“ hatte vorige Woche unter Berufung auf mit der Situation vertraute Quellen berichtet, dass sich Großbritannien bereit erklärt habe, „aus Angst vor einer angeblich bevorstehenden russischen Invasion“, bis zu 600 Soldaten einer Spezialeinheit in die Ukraine zu verlegen.

Laut einem ranghohen britischen Militäroffizier, den das Blatt zitiert, ist die Gefahr eines versehentlichen Kriegsausbruchs zwischen dem Westen und Russland momentan größer als „je zuvor seit dem Kalten Krieg“.

Der ukrainische Botschafter in Deutschland, Andrij Melnyk, zeigte sich diese Woche ebenfalls besorgt über den Migrantenzustrom und die „ungewöhnlichen“ Aktivitäten der

russischen Armee im Grenzgebiet zur Ukraine. Demnach befürchtet er, dass eingeschleuste Migranten von der belarussisch-polnischen Grenze an die Grenze zur Ukraine umgeleitet werden könnten. Auch ein Eingreifen Russlands in der Ukraine schloss er nicht aus. Ihm zufolge ist die aktuelle Migrantenkrise von dem belarussischen Machthaber, Alexander Lukaschenko, und Kremelchef Wladimir Putin „inszeniert, um die Militäraktivitäten Russlands vor der Ostgrenze der Ukraine und im Donbass zu verschleiern“.

Russland weist Vorwürfe zurück

Das russische Außenministerium wies Berichte mehrerer westlicher Medien zurück, wonach Russland angeblich Truppen an der Grenze zur Ukraine stationiert haben soll. Der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, erklärte, Russland verlege Truppen „innerhalb seines Territoriums und nach eigenem Ermessen“.

Russland hat wiederholt Vorwürfe „aggressiver Aktionen“ des Westens und der Ukraine zurückgewiesen und erklärt, niemanden zu bedrohen. Zudem hieß es, dass Äußerungen über die „russische Aggression“ als Vorwand benutzt würden, um „mehr Nato-Militärausrüstung in der Nähe der russischen Grenzen zu stationieren“.

Politiker mehrerer westlicher Länder werfen Russland vor, die Migrationskrise an der belarussisch-polnischen Grenze zu organisieren und somit mit dem belarussischen Präsidenten, Alexander Lukaschenko, gemeinsame Sache zu machen.



https://cdn1.snanews.de/img/07e4/0c/03/54727_0:0:3073:1728_1920x0_80_0_0_051b546db4a9f783860b99577c0e57e6.jpg

armiyadnr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 18.11.2021

In den letzten 24 Stunden wurden drei Verletzungen der Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten des Gegners festgestellt.

In Richtung Donezk haben Kämpfer der 25., 54. und 56. Brigade von den Positionen in der Nähe von Newelskoje, Werchnetorezkoje (severnoje) und Marjinka aus **Losowoje, Werchnetorezkoje (Jushnoje)** und die **Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks** mit 120mm-Mörsern, Antipanzer- und automatischen Granatwerfern beschossen und 19 Mörsergeschosse und 23 Granaten abgefeuert.

Infolge des Beschusses wurden Schäden an drei Wohnhäusern in Losowoje festgestellt:

Uliza Feta 16/1 – Fensterverglasung, Türen, Fassade und Zaun;

Uliza Feta 19/4 – Fensterverglasung;

Uliza Feta 19/5 – Zaun, Dach und Wirtschaftsgebäude.

Heute haben in Richtung Donezk Kämpfer der 25. und 54. Brigade von den Positionen in den Gebieten von Marjinka und Nowoselowka Wtoraja aus die **Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks** in Donezk und **Wasiljewka** mit 120mm- und 82mm-Mörsern beschossen und 14 Mörsergeschosse abgefeuert.

Die ukrainische Seite blockiert weiter die Funktion von Drohnen der OSZE-Mission. So hat der Gegner, um die Erfassung der Stationierung verbotener Waffen der 56., 93., 30., 95. und 128. Brigade durch Beobachter der Mission zu verhindern, Stationen der elektronischen Kriegsführung „Bukowel-AD“ aus dem Bestand von mobilen Gruppen des 502. und 305. Bataillons für elektronische Kriegsführung eingesetzt, um die Leitungs- und Navigationskanäle bei Flügen von von Drohnen der OSZE-Mission in den Gebieten von Roganskoje, Nowoandrejewka, Nikolajpolje, Nowonikoajewka, Bogdanowka, Wolnowacha, Luganskoje und Newelskoje zu blockieren.

Außerdem haben die Beobachter der Mission im am 17. November veröffentlichten Bericht der OSZE-Mission die Eröffnung des Feuers von den Positionen der 25. Luftlandebrigade auf die Donezker Filterstation festgehalten.

Außerdem gefährdet der Gegner weiter Leben und Gesundheit von Zivilisten, indem er Örtlichkeiten vermint. Kämpfer eines Panzergrenadierbataillons der 128.

Gebirgstruppenbrigade haben 20 Antipanzermine auf einem Feld am südöstlichen Rand von Wodjanoje installiert.

Derzeit setzt der Gegner aktiv **Mittel der elektronischen Kriegsführung** ein, nicht nur zur Blockade von Leitungs- und Navigationskanälen bei Flügen von Drohnen der OSZE-Mission, sondern **auch zur Blockade von Mobilfunkverbindungen, Fernseh- und Radiokanälen in den Ortschaften in der Nähe der Kontaktlinie** sowie in den Gebieten, wo Kommandopunkte stationiert sind.

Infolge des Einsatzes von Mitteln der elektronischen Kriegsführung des Gegners im Verantwortungsbereich der 95. Brigade gehen inzwischen zahlreiche Beschwerden von Einwohnern der Ortschaften Ishjewka, Konstantinowka, Iwanopolje auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium über die fehlende Möglichkeit, Verwandte und Notfalldienste über die Mobilfunkverbindung anzurufen sowie über den schlechten Fernseh- und Radioempfang beim Leiter der Donezker Oblastverwaltung P. Kirilenko ein.

So versucht das Kommando der OOS gegen das Durchsickern von Informationen über Bewegungen von Einheiten der kürzlich in der OOS-Zone eingetroffenen 95. Luftsturmbrigade zu kämpfen.

Das Kommando der OOS zieht in der Zone der Strafoperation weiter **kontrollierte Medien zur Erstellung inszenierter Materialien, die die Einheiten der Volksmiliz diskreditieren**, heran.

Nach uns vorliegenden Informationen sind in den Verantwortungsbereichen der 54. und 56. Brigade, die praktisch täglich das Territorium der Republik beschießen, Gruppen von Journalisten der ukrainischen Fernsehsender „5. Kanal“, „ICTV“ und „1+1“ eingetroffen, die von einer Gruppe von Offizieren des 72. und des 74. Zentrums für informationspsychologische Operationen begleitet werden.

So versucht das ukrainische Kommando, indem es inszenierte Reportagen erstellt, eine Informationskampagne durchzuführen, die auf die Ablenkung der Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von Fällen nicht kampfbedingter Verluste und grober Verletzungen des Waffenstillstands von Seiten der Einheiten der ukrainischen Streitkräfte unter Einsatz von von den Minsker Vereinbarungen verbotenen schweren Waffen abzulenken.

de.rt.com: **Vize des Ständigen Vertreters Russlands bei der UN: Westen fördert Kiews Aggression mit Waffenhilfen**

Die Aggression des Kiewer Regimes gegenüber dem Donbass eskaliert. Nicht zuletzt, weil der Westen ihm immer mehr Waffen liefert. Dies stellte der Vize des russischen Ständigen Vertreters bei der UNO bei seinem Vortrag im Dritten Komitee der UN-Generalversammlung fest.

Ukrainische bewaffnete Formationen setzen den Beschuss von Wohngebieten und ziviler Infrastruktur im Donbass unter Verstoß gegen den geltenden Waffenstillstand fort – und zwar

seit zwei Wochen eineinhalb mal intensiver als zuvor. Dies ist nicht zuletzt auf die fortlaufenden Waffenlieferungen aus dem Westen an Kiew zurückzuführen. Dies machte Gennadi Kusmin, der Vize des russischen Ständigen Vertreters bei den Vereinten Nationen, im Rahmen seines Vortrags im Dritten Hauptausschuss der UN-Generalversammlung (Komitee für humanitäre Fragen) am 17. November deutlich.

Auf der 41. Sitzung (13. Plenarversammlung) des Dritten Komitees im Rahmen der 76. Generalversammlung wurde ein von der Ukraine eingebrachter Erklärungsentwurf über Menschenrechte in der russischen Krim insgesamt und der Stadt Sewastopol im Besonderen begutachtet. Dies bildete den Kontext für den Vortrag, in dem Kusmin gegen die Verabschiedung der Erklärung gemäß dem Kiewer Entwurf plädierte. Der russische Diplomat kritisierte darin bereits die grundlegenden gedanklichen Prämissen, die die ukrainische Seite ihrem Entwurf zugrunde legte:

"Auf der Grundlage dieses Dokuments ist es schlicht unmöglich, ernsthaft die Menschenrechtslage auf der Krim zu diskutieren. Es ist eine brisante Mischung aus Phantasie und Thriller. Dabei bestätigt inzwischen das Leben selbst, dass die Krim-Bewohner richtig lagen, als sie im Jahr 2014 in einem Referendum faktisch einstimmig für die Wiedervereinigung mit Russland stimmten."

Kusmin ließ die Unterschiede im Hinblick auf die Menschenrechtslage zwischen der Autonomen Republik Krim und der verbliebenen Ukraine für sich sprechen:

"Anders als in der heutigen Ukraine werden auf der Krim keine Wohngebiete mit Artillerie beschossen, keine Menschen bei lebendigem Leib verbrannt, keine Journalisten gemeuchelt, keine Naziaufmärsche abgehalten und es wird niemandem verboten, die eigene Muttersprache zu sprechen."

Bliebe die Krim Teil der Ukraine, wäre ihre Bevölkerung zu "Tod, Zerstörung und Demütigung" verurteilt: "Und Gott sei Dank bleibt der Krieg um die Krim in den Köpfen der ukrainischen Politiker und im Bereich inhaltsleerer Erklärungen. Denn ein Angriff auf die Krim ist ein Angriff auf die Russische Föderation. Die Ukraine weiß das. Und Sie wissen es." Wie die aktuelle Kiewer Regierung mit Menschen umgeht, die mit ihrer politischen Linie nicht einverstanden ist, sieht man am besten im umkämpften Südosten der Ukraine. Dort, wo eben keine russischen Streitkräfte disloziert sind: "Schauen Sie sich an, was in den russischsprachigen Regionen von Donezk und Lugansk passiert."

"Nach den jüngsten Daten der OSZE-Beobachtungsmission hat sich die Zahl der Verletzungen des Waffenstillstands in den letzten zwei Wochen um das Anderthalbfache erhöht und belief sich auf rund 6.700 Fälle. OSZE-Vertreter stellten im Zeitraum vom 11. bis 24. Oktober fest, dass alle Zerstörungen von Wohngebäuden, Schulen und anderen zivilen Infrastrukturobjekten ausschließlich auf dem Gebiet der Donbass-Republiken stattfanden."

Einen wichtigen Grund für die zunehmende Aggression Kiews sieht der russische UN-Botschafter in Waffenlieferungen an die Ukraine aus dem kollektiven Westen:

"Das aggressive Verhalten Kiews nimmt überhand."

Westliche Sponsoren würden das Kiewer Regime ständig mit Waffen vollpumpen, so der Politiker.

Kiew brachte in die diesjährige Version seines Erklärungsentwurfs eine Neuerung ein. In die darin enthaltene Liste angeblich rechtswidrig auf der Krim festgenommener Personen wurde ein Saboteur aufgenommen, der vorsätzlich einen Anschlag auf die zivile Infrastruktur der Halbinsel verübt hatte. Darin sah der russische Diplomat eine ganz besonders bekannte Note: "Die Liste angeblich rechtswidrig auf der Krim festgenommener Personen wurde um den Bürger Nariman Dscheljalow ergänzt. Und festgenommen wurde er auf richterlichen Beschluss hin – im Zusammenhang mit dem Verdacht auf seine Beteiligung an der Sprengung einer Erdgasleitung nahe des Dorfes Perewalnoje im Gebiet Simferopol am 23. August. Sagen Sie mir um Himmels willen, was soll Russland von Staaten halten, die mit ihrer Stimme im Dritten Ausschuss solche Aktionen im Wesentlichen fördern?"

Die Erklärung der Ukraine wurde vom Dritten Komitee der UN-Generalversammlung am 17. November 2021 mit 64 zu 20 Stimmen bei 93 Enthaltungen angenommen.

Ebenfalls am Mittwoch, dem 17. November, stellte Washington die letzte Charge einer zusätzlichen militärischen Hilfslieferung an die Ukraine per Luftfracht zu. In der Mitteilung des US-Außenministeriums war die Rede von "80 Tausend Kilogramm" Munition.

Nach dem von diversen westlichen Staaten unterstützten Staatsstreich in der Ukraine im Februar 2014 hielten die Behörden der Krim und Sewastopols ein Referendum zu einer Wiedervereinigung mit Russland ab. Mehr als 80 Prozent der Wahlberechtigten auf der Halbinsel nahmen teil. Für eine Wiedervereinigung mit Russland stimmten 96,7 Prozent beziehungsweise 95,6 Prozent der Bevölkerung. Am 18. März 2014 unterzeichnete der russische Präsident Wladimir Putin schließlich den Vertrag über die Aufnahme der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol in die Russische Föderation. Dieser wurde am 21. März von der Föderalversammlung Russlands ratifiziert. Trotz der überwältigenden Mehrheit, die bei enormer Beteiligung der Krim-Bewohner des Referendums erzielt wurde, weigerte sich der kollektive Westen einschließlich Kiew, die Krim als Teil Russlands anzuerkennen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.11/article/61963fe9b480cc6b475e69c0.jpg>

snanews.de: **Nach Telefonat zwischen Merkel und Lukaschenko: EU kommt ihren Verpflichtungen nicht nach – Minsk**

Die Sprecherin des weißrussischen Präsidenten, Natalja Ejsmont, hat der europäischen Union vorgeworfen, die Verpflichtungen zur Lösung der Migrationskrise an der Grenze zwischen Weißrussland und Polen nicht zu erfüllen. Diese soll die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel mit Präsident Alexander Lukaschenko vereinbart haben.

„Was den heutigen Tag anbetrifft, kommen wir bereits unseren Verpflichtungen nach“, sagte Ejsmont am Donnerstag. „Leider sind nur etwa 400 Flüchtlinge auf den Vorschlag eingegangen, in ihre Heimatländer zurückzukehren. Um genau zu sein, befanden sich 374 Passagiere in dem Flugzeug, das heute (in den Irak – Anm. d. Red.) abflog, vor allem waren das irakische Staatsbürger“, wurde Ejsmont von der Nachrichtenagentur Belta zitiert. Lukaschenko habe bei seinem ersten Telefongespräch zur Regelung der jüngsten Migrationskrise, das er mit der geschäftsführenden deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel geführt habe, einen Mechanismus vorgeschlagen, der die Bildung eines humanitären Korridors für einen Teil der Flüchtlinge vorsehe – sowie die Hilfe von Minsk bei der Beförderung der übrigen Migranten zurück in ihre Heimatländer, sagte die Sprecherin.

„Die Europäische Union schafft einen humanitären Korridor für 2000 Flüchtlinge, die sich im (improvisierten) Lager (nahe der Grenze zu Polen – Anm. d. Red.) befinden. Wir verpflichten uns, die anderen 5000 Personen bei der Rückkehr in ihre Heimatländer zu unterstützen, sofern dies möglich ist und von ihnen gewünscht wird“, so Ejsmont.

Inzwischen habe die Europäische Union im Gegensatz zu Minsk noch nicht einmal Verhandlungen auf Expertenebene aufgenommen, wie es der weißrussische Präsident und die amtierende deutsche Bundeskanzlerin bei ihrem zweiten Telefongespräch zur Regelung der Migrationskrise vereinbart hätten, monierte die Sprecherin.

Zuvor hatte Lukaschenko bei einem Telefongespräch mit Merkel Wege zur Bekämpfung der Migrationskrise an der weißrussisch-polnischen Grenze vorgeschlagen. Merkel legte eine Pause ein, um die Angelegenheit mit europäischen Partnern zu besprechen. Bei einem weiteren Telefonat am Mittwoch einigten sich die beiden Seiten über Maßnahmen zur Regelung der Migrantenkrise.

Der weißrussische Präsident und die amtierende deutsche Bundeskanzlerin verständigten sich darauf, dass das Problem auf der Ebene von Weißrussland und der EU behandelt werden solle. Zuständige Amtsträger beider Seiten sollten umgehend Gespräche zur Lösung der vorhandenen Probleme aufnehmen.

Medienberichten zufolge hat Merkel finanzielle Hilfen für Belarus im Zusammenhang mit der Migrationskrise nicht ausgeschlossen.

Letzte Woche hatten mehr als 2000 Migranten ein improvisiertes Lager an der weißrussischen Grenze zu Polen errichtet. Am Montag begaben sich die Flüchtlinge direkt zu einem Grenzübergang an der weißrussisch-polnischen Grenze, und am Dienstag versuchten sie, die Grenze zu durchbrechen. Der Versuch wurde jedoch von polnischen Sicherheitskräften verhindert.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0b/12/4372642_0:0:904:509_1920x0_80_0_0_fdde8833b517d7a12bc9fa3e715edd51.jpg

Mil-Inr.su: Pressekonferenz des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR Oberleutnant A.N. Masejkin

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK wurde **in den letzten 24 Stunden sechs Verletzungen des zweiten Punkts des Komplexes von Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Regimes der Feueinstellung festgestellt.

In **Richtung Popasnaja** haben Kämpfer der 24. Brigade von den Positionen im Gebiet von Kamyschewacha aus **Kalinowo-Borschtschewatoje** mit Artillerie des Kalibers 122mm beschossen, außerdem wurde **Perwomajsk** mit Artillerie des Kalibers 152mm beschossen. Infolge des Beschusses wurden Objekte des Perwomajsker industriell-pädagogischen Technikums erheblich beschädigt.

In **Richtung Slawjanoserbsk** haben Kämpfer der 57. Brigade von den Positionen im Gebiet von Muratowo aus **Tschwonyj Liman** mit von den Minsker Vereinbarungen verbotener 152mm-Artillerie beschossen.

Außerdem wurden **Frunse** und **Sokolniki** von den Positionen im Gebiet von Pritschepilowka und Krymaskoje aus mit 122mm-Artillerie und 120mm-Mörsern beschossen.

Zusätzliche Informationen über Opfer und der Zivilbevölkerung werden noch ermittelt.
Die bewaffneten Formationen der Ukraine terrorisieren weiter friedliche Einwohner auf dem von den ukrainischen Kämpfern kontrollierten gebieten.

Uns liegen Informationen von Einwohnern von Muratowo über Einschränkungen des Verkehrs und der Errichtung zusätzlicher Checkpoints durch Kämpfer der 57. Brigade vor. Nach den Worten der Bevölkerung halten die Kämpfer ohne Grund Bürger an und kontrollieren ihre Dokumente. Von den schutzlosen Einwohnern wird Geld erpresst, bei Weigerung wird damit gedroht, sie an Mitarbeiter des SBU zu übergeben, um sie auf Unterstützung der Republiken zu überprüfen. Die Menschen haben Angst durch die Ortschaft zu gehen, einige haben sogar aufgeführt, ihre Kinder in die Schule zu bringen, weil sie um ihr Leben fürchten.

Die Beschränkungsmaßnahmen werden vom ukrainischen Kommando ergriffen, um ein Aussickern von Informationen über die Lage von Feuerpositionen und die Stationierung schwerer Artillerie, mit der die Kiewer Kämpfer regelmäßig Ortschaften der LVR beschießen, zu verhindern.

snanews.de: **Putin: Nato überschreitet mit Aktivitäten nahe russischer Grenze „rote Linien“**

Der russische Präsident, Wladimir Putin, hat die Beziehungen zum Nordatlantischen Bündnis als deprimierend bezeichnet. Ihm zufolge rückt die Nato ihre militärische Infrastruktur demonstrativ näher an die Grenzen Russlands.

„Was das Schwarze Meer betrifft, hier wird eine gewisse Grenze überschritten: Strategische Bomber fliegen in einer Entfernung von 20 Kilometern von unserer Staatsgrenze“, sagte Putin in einer erweiterten Sitzung des Außenministeriums.

„Sie tragen bekanntlich sehr schwere Waffen. Ja, wir äußern ständig unsere Besorgnis darüber, wir sprechen von roten Linien. Aber wir verstehen natürlich, dass unsere Partner sehr eigenartig sind und alle unsere Warnungen und Gespräche über rote Linien so oberflächlich nehmen“, so Putin weiter.

Mechanismen des Dialogs zunichte gemacht

Putin betonte außerdem, die Nato habe die Mechanismen des Dialogs mit Russland zunichte gemacht. Die Beziehungen mit der Allianz seien „deprimierend“.

„Eine ähnliche, wenn nicht sogar noch deprimierendere Situation (als mit der EU – Anm.d.Red.) entwickelt sich mit der Nordatlantischen Allianz, die eine betont konfrontative Haltung an den Tag legt und ihre militärische Infrastruktur beharrlich und demonstrativ an unsere Grenzen heranzführt“, sagte Putin.

„Darüber hinaus hat die Nato alle Mechanismen des Dialogs aktiv abgebaut. Natürlich werden wir auf die militärischen Aktivitäten der Nato an den Grenzen Russlands reagieren“, betonte der Präsident.

Ausweisung russischer Diplomaten wie eine Art Sport

Außerdem verwies der Präsident darauf, dass die Nato ohne Angabe von Gründen russische Diplomaten ausgewiesen habe. „Und dann sind sie beleidigt, dass ihre Mission in Russland geschlossen wurde. Warum beleidigt sein? Es ist ihre Initiative“, so Putin.

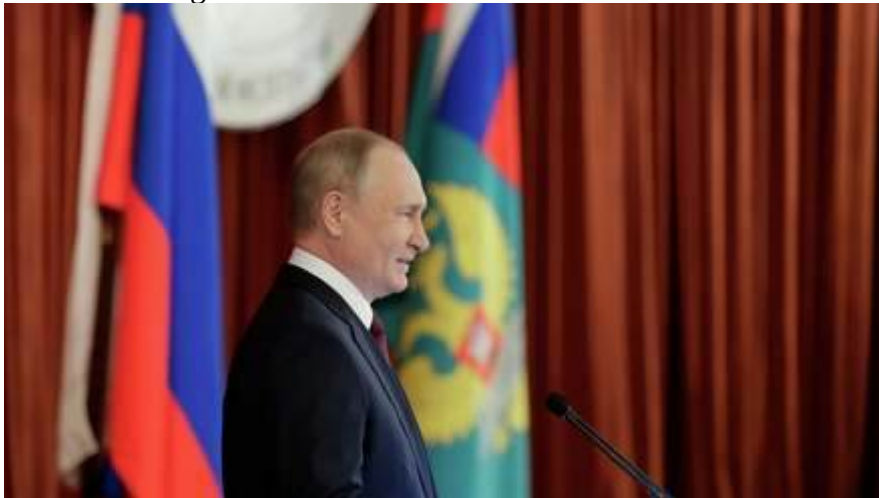
Brüssel müsse verstehen, dass der Abbau militärischer und politischer Spannungen nicht nur im Interesse Russlands, sondern auch im Interesse ganz Europas und der Welt insgesamt liege, betonte er.

„Wenn sie nicht mit uns zusammenarbeiten wollen, dann eben nicht“, so Putin.

Er denke jedoch, die Nato werde es in der Zukunft wollen. „Sie geben bereits Signale, dass sie kooperieren wollen. Warum aber Diplomaten ausweisen? Ohne jeglichen Grund. Ist das eine Art Sport für sie?“, fügte er hinzu.

Der russische Außenminister Sergej Lawrow hatte zuvor erklärt, dass Russland die Arbeit seiner Ständigen Vertretung bei der Nato seit dem 1. November eingestellt habe. Auch die

Arbeit des Informationsbüros des Nordatlantischen Bündnisses in Moskau wurde seit dem 1. November ausgesetzt.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0b/12/4374329_0:0:2959:1665_1920x0_80_0_0_09d3ae98678f38dd1f47df6219d23bbb.jpg

de.rt.com: **Weißrussland will Migranten im Grenzgebiet gegen COVID-19 impfen**

Weißrussische Behörden wollen ab Donnerstag Migranten an der polnischen Grenze gegen das Coronavirus impfen. Dort gibt es demnach immer mehr Menschen, die ärztlich versorgt werden müssen. Zum Einsatz soll das SARS-CoV-2Vakzin Vero Cell aus China kommen. Nach Angaben der weißrussischen Behörden sollen Migranten im weißrussisch-polnischen Grenzgebiet ab dem 18. November gegen das Coronavirus immunisiert werden können. Wie der Vorsitzende des Republikratsausschusses für Bildung, Wissenschaft, Kultur und soziale Entwicklung, Wiktor Liskowitsch, den weißrussischen Medien gesagt hat, hätten die Migranten selbst darum gebeten. Die Maßnahme solle die Gesundheit der Menschen schützen. Liskowitsch fügte hinzu, dass man zu diesem Zweck den chinesischen Impfstoff Vero Cell des Pharmaunternehmens Sinopharm einsetzen werde.

Der Senator berichtete außerdem darüber, dass Freiwillige unter den Migranten bereits ungefähr 10.000 Schutzmasken verteilt hätten. Infolge des tagelangen Aufenthalts im Freien gebe es immer mehr Kranke.

"In den vergangenen 24 Stunden baten 37 Flüchtlinge um ärztliche Hilfe."

Liskowitsch kündigte darüber hinaus die Eröffnung einer Geldwechselstube am Checkpoint Brusgi an. Man werde auch Verkaufswagen dorthin schicken.

Die Situation im behelfsmäßigen Lager schätzte der Senator als "ruhig und kontrollierbar" ein. Dort hielten sich derzeit über 1.100 Flüchtlinge auf. Sie hätten dort alles Notwendige. Seit dem 8. November harren an der weißrussisch-polnischen Grenze unter äußerst widrigen Bedingungen einige Tausend Migranten aus. Das EU-Mitglied Polen hat Tausende Soldaten an der Grenze stationiert, die einen Durchbruch der Migranten verhindern sollen.

Weißrussland beschuldigt die polnischen Sicherheitskräfte, gegen die Schutzsuchenden brutal vorzugehen. Die EU wirft dem weißrussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko hingegen vor, Menschen aus Krisenstaaten wie Syrien, Afghanistan, Libyen und Irak gezielt einfliegen zu lassen, um sie dann in Richtung EU-Grenze zu schleusen.



<https://cdn.rttom.de/deutsch/images/2021.11/article/61963d93b480cc6ac4427efc.JPG>

abends:

de.rttom.de: **China und Russland wollen Energiezusammenarbeit weiter ausbauen**

Eine hochrangig besetzte gemeinsame russisch-chinesische Sitzung bewertete die bisherige Zusammenarbeit beider Staaten auf diesem Gebiet positiv. Beide Seiten waren sich einig, ihre Kooperation zu verstärken, auch auf solchen Gebieten wie der Kohle- und Atomenergie.

Der chinesische Vizepremier Han Zheng hat am Mittwoch auf der 18. Sitzung des chinesisch-russischen Ausschusses für Energiezusammenarbeit zu einer verstärkten Zusammenarbeit mit Russland in diesem Bereich aufgerufen, wie die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua vermeldete. Die Sitzung, deren Vorsitz Han zusammen mit dem stellvertretenden russischen Ministerpräsidenten Alexander Nowak übernahm, wurde per Videolink durchgeführt.

Han, der auch Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas ist, bekräftigte, dass die Zusammenarbeit zwischen China und Russland im Energiebereich unter der Führung der Staatsoberhäupter beider Länder den negativen Auswirkungen der Pandemie entgegengewirkt und eine positive Entwicklungsdynamik sichergestellt habe. Der Energiehandel habe sogar einen neuen Höchststand erreicht. Zudem seien wichtige Kooperationsprojekte vorangetrieben worden. Neue Bereiche der Zusammenarbeit seien am Entstehen.

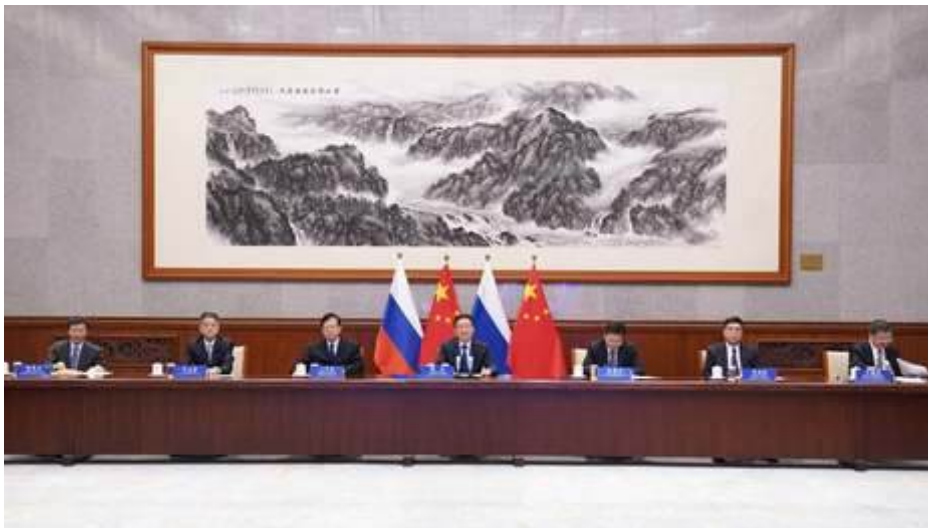
Der chinesische Beamte äußerte seine Hoffnung, dass die beiden Länder den wichtigen Konsens, den Wladimir Putin und Xi Jinping erreicht hatten, gemeinsam umsetzen und die chinesisch-russische Zusammenarbeit im Energiebereich vorantreiben werden, um weitere Erfolge zu erzielen.

Han rief beide Seiten dazu auf, die Zusammenarbeit auch im Bereich der Kernenergie sowie bei Projekten wie dem Bau von Öl- und Gaspipelines weiter zu vertiefen und neue Bereiche der Energiezusammenarbeit auszubauen. Dafür schlug er vor, die Zusammenarbeit in den Bereichen erneuerbare Energien, Wasserstoff, Energiespeicherung und technologische Innovation schrittweise zu fördern.

Er erklärte, dass die beiden Länder die Kooperation bei der globalen Energiepolitik und der Reaktion auf den Klimawandel verstärken und dabei den Grundsatz der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten einhalten, den Multilateralismus praktizieren und das System der globalen Energiepolitik in eine fairere, gerechtere und integrativere Richtung lenken sollten.

Nowak erklärte seinerseits, dass Russland bereit sei, mit China zusammenzuarbeiten, um die Zusammenarbeit im Energiebereich auszuweiten, eine umfassende Kooperation zu fördern und die bilateralen Beziehungen auf ein neues Niveau zu heben. Der erreichte Fortschritt sei

beeindruckend, so Nowak laut einer Presseerklärung der russischen Regierung. Er verwies darauf, dass Russland im letzten Jahr der größte Erdöllieferant der Volksrepublik war. Die Sitzungsteilnehmer stellten fest, dass sich ein erhebliches Potenzial im Öl- und Gassektor auf die gemeinsame Erkundung und Erschließung der russischen Öl- und Gasvorkommen an Land und auf dem Festlandsockel, die Fortsetzung und Ausweitung des Öltransports von Russland nach China im Jahr 2022 entlang der Fernostrouten, die Erdgasversorgung und -verarbeitung sowie den Bereich von Flüssigerdgas und die Produktion petrochemischer Erzeugnisse im Osten Russlands konzentriert. Außerdem erwähnten die Parteien den erfolgreichen schrittweisen Übergang zu gegenseitigen Abrechnungen in nationalen Währungen bei der Betankung von Flugzeugen auf russischen und chinesischen Flughäfen. Gleichzeitig verwiesen die Teilnehmer darauf, dass beide Länder ihre Zusammenarbeit in der Kohleindustrie ausbauen und die russischen Kohlelieferungen für den chinesischen Markt weiter zunehmen. Trotz des negativen externen Umfelds stiegen die Kohlelieferungen im Jahr 2020 auf 39,5 Millionen Tonnen, also um 20,6 Prozent. Russland unterstütze eine weitere Steigerung des Kohleangebots. Zu diesem Zweck werde Moskau neue langfristige Verträge ausarbeiten und mit der gemeinsamen Erschließung von Kohlevorkommen in Russland beginnen, darunter auch das Zashulanskoye-Kohlevorkommen im Transbaikal-Gebiet, sagte Nowak.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.11/article/61963bb648fbef406204ba89.jpg>